

## **Unterrichtung**

**durch die Bundesregierung**

### **Haushaltsführung 2016**

### **Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im ersten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2016**

*Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 31. Mai 2016  
II A 2 – H 1221/16/10001*

Gemäß § 37 Absatz 4 der Bundeshaushaltsordnung in Verbindung mit § 4 Absatz 2 des Haushaltsgesetzes 2016 übersende ich die Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen (üpl./apl.) Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen im ersten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2016.

## Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im ersten Vierteljahr des Haushaltsjahres 2016

### 1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Einzelplan/ Kapitel/ Titel 1	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe 2	Ansatz laut Haushalts- plan 2016 T€ 3	bewilligte über-/außer- planmäßige Ausgabe T€ 4
---------------------------------------	--	---	--

#### 07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

##### 0710 Sonstige Bewilligungen

519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ..... <i>Erhöhte Sanierungskosten beim Internationalen Seegerichtshof in Hamburg. Die überplanmäßige Ausgabe dient der Erfüllung einer Rechtsverpflichtung. Die Rechtsverpflichtung beruht auf dem Liegenschaftsabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Internationalen Seegerichtshof.</i>	537	46
--------	--	-----	----

#### 12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

##### 1219 Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

671 21	Ausgaben im Zusammenhang mit der Untersuchung von Schiffsunfällen ..... <i>Erfüllung der Aufgaben gemäß Seesicherheitsuntersuchungsgesetz (SUG) und der Richtlinie 2009/18EG im Rahmen der Untersuchung des sehr schweren Seeunfalls des Fischkutters CONDOR.</i>	120	130
--------	--	-----	-----

#### 14 Bundesministerium der Verteidigung

##### 1403 Kommandobehörden und Truppen, Sozialversicherungsbeiträge, Fürsorgemaßnahmen und Versorgung für Soldatinnen und Soldaten

412 01 apl	Aufwandsentschädigung in Fällen eines dienstlich veranlassten Ortswechsels für innerhalb des Geschäftsbereichs BMVg abgeordnetes/kommandiertes Personal zur Unterstützung der Aufnahme von Asylsuchenden/Flüchtlingen..... <i>Gewährung einer Aufwandsentschädigung in Fällen eines dienstlich veranlassten Ortswechsels für innerhalb des Geschäftsbereichs BMVg abgeordnetes/kommandiertes Personal zur Unterstützung der Aufnahme von Asylsuchenden/Flüchtlingen.</i>	-	-
------------	---	---	---

#### 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

##### 1702 Kinder- und Jugendpolitik

661 01 apl	Zuschüsse im Rahmen der Sonderfazilität "Schutz in Flüchtlingsunterkünften" der KfW-Bankengruppe..... <i>Erstattung von Ausgaben, die der KfW-Bankengruppe auf Grund von zinsverbilligt ausgereichten Krediten für die Sonderfazilität zur Finanzierung von Investitionen der Kommunen in bauliche Schutzmaßnahmen für Frauen, Kinder und besonders schützenswerte Personengruppen in zentralen und dezentralen Flüchtlingsunterkünften entstehen. Die außerplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. März 2016 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.</i>	-	500
------------	--	---	-----

Einzelplan/ Kapitel/ Titel	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung  Begründung der über- und außerplanmäßigen Ausgabe	Ansatz laut Haushaltsplan 2016 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige Ausgabe T€
1	2	3	4

**60 Allgemeine Finanzverwaltung****6002 Allgemeine Bewilligungen**

687 04 apl EU-TUR-Flüchtlingsfazilität, bilateraler Beitrag Deutschlands ..... - 127.000

*Mehrbedarf auf Grund erforderlicher bilateraler Beiträge Deutschlands zur Einrichtung einer Flüchtlingsfazilität ("Refugee Facility for Turkey"). Die außerplanmäßige Ausgabe ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 22. Februar 2016 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.*

**2. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (VE)**

Einzelplan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung  Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushaltsplan 2016 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige VE T€
1	2	3	4

**04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt****0452 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien**

518 02 apl	Mieten und Pachten im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Liegenschaftsmanagement.....	-	3.706
------------	---	---	-------

*Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:*

<i>Im Haushaltsjahr 2021 bis zu:</i>	310 T€
<i>Im Haushaltsjahr 2022 bis zu:</i>	926 T€
<i>Im Haushaltsjahr 2023 bis zu:</i>	926 T€
<i>Im Haushaltsjahr 2024 bis zu:</i>	926 T€
<i>Im Haushaltsjahr 2025 bis zu:</i>	618 T€

*Die Verpflichtungsermächtigung dient der Anmietung von Büroflächen im Rahmen des Einheitlichen Liegenschaftskonzepts zur Unterbringung der Außenstelle Berlin der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.*

**10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft****1010 Sonstige Bewilligungen**

683 04 apl	Maßnahmen zur Anpassung und Entwicklung der Fischereiflotte .....	-	450
------------	---	---	-----

*Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:*

<i>Im Haushaltsjahr 2017 bis zu:</i>	150 T€
<i>Im Haushaltsjahr 2018 bis zu:</i>	150 T€
<i>Im Haushaltsjahr 2019 bis zu:</i>	150 T€

*Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für den Ausbildungsberuf "Fischwirtin/Fischwirt".*

Einzelplan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung  Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushaltsplan 2016 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige VE T€
1	2	3	4

**17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**  
**1702 Kinder- und Jugendpolitik**

661 01 apl	Zuschüsse im Rahmen der Sonderfazilität "Schutz in Flüchtlingsunterkünften" der KfW-Bankengruppe.....	-	10.300
------------	---	---	--------

*Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:*

<i>Im Haushaltsjahr 2017 bis zu:</i>	<i>1.600 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2018 bis zu:</i>	<i>1.800 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2019 bis zu:</i>	<i>1.600 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2020 bis zu:</i>	<i>1.400 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2021 bis zu:</i>	<i>1.200 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2022 bis zu:</i>	<i>1.000 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2023 bis zu:</i>	<i>800 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2024 bis zu:</i>	<i>500 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2025 bis zu:</i>	<i>300 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2026 bis zu:</i>	<i>100 T€</i>

*Erstattung von Ausgaben, die der KfW-Bankengruppe auf Grund von zinsverbilligt ausgereichten Krediten für die Sonderfazilität zur Finanzierung von Investitionen der Kommunen in bauliche Schutzmaßnahmen für Frauen, Kinder und besonders schützenswerte Personengruppen in zentralen und dezentralen Flüchtlingsunterkünften entstehen. Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 11. März 2016 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.*

**19 Bundesverfassungsgericht**  
**1912 Bundesverfassungsgericht**

711 01 apl	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten .....	-	1.008
------------	---	---	-------

*Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:*

<i>Im Haushaltsjahr 2017 bis zu:</i>	<i>800 T€</i>
<i>Im Haushaltsjahr 2018 bis zu:</i>	<i>208 T€</i>

*Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zur Durchführung von Sicherungs- und Renovierungsmaßnahmen in den vom Bundesverfassungsgericht gemieteten Räumen des Karlsruher Schlosses. Die außerplanmäßige Verpflichtung wird zur Auftragserteilung benötigt.*

Einzelplan/ Kapitel/ Titel/ VE	Einzelplan- / Kapitelbezeichnung / Zweckbestimmung  Begründung der über- und außerplanmäßigen VE	Ansatz VE laut Haushaltsplan 2016 T€	bewilligte über-/außerplanmäßige VE T€
1	2	3	4

**60 Allgemeine Finanzverwaltung****6002 Allgemeine Bewilligungen**

687 04 apl EU-TUR-Flüchtlingsfazilität, bilateraler Beitrag Deutschlands..... - 300.900

*Von der Verpflichtungsermächtigung werden fällig:*

*Im Haushaltsjahr 2017 bis zu: 188.000 T€*

*Im Haushaltsjahr 2018 bis zu: 94.500 T€*

*Im Haushaltsjahr 2019 bis zu: 18.400 T€*

*Mehrbedarf auf Grund erforderlicher bilateraler Beiträge Deutschlands zur Einrichtung einer Flüchtlingsfazilität ("Refugee Facility for Turkey"). Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung ist mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 22. Februar 2016 dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mitgeteilt worden.*



